



Energie-Control Austria für die Regulierung der
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

vorab per Email: gsnevo@e-control.at

Wien, 23. November 2012
DO

Stellungnahme zur Novelle der Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung (GSNE-VO) 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Entwurf einer Novelle zur GSNE-VO 2013 – mit der die Systemnutzungsentgelte im Verteilernetz, sowie das Entgelt für den Verteilergebietsmanager festgelegt werden – dürfen wir innerhalb offener Frist wie folgt Stellung nehmen:

1. Allgemeines

Grundsätzlich begrüßen wir die Umsetzung eines einheitlichen Netznutzungsentgeltes für Speicherunternehmen im Verteilernetz sehr und sehen darin einen wichtigen Schritt für die Angleichung der Wettbewerbsbedingungen für Speicheranbieter in Österreich.

Zum vorliegenden Verordnungsentwurf haben wir darüber hinaus noch folgende Anmerkungen:

2. Zu den einzelnen Bestimmungen

§ 9 Bestimmung des Netzbereitstellungsentgelts im Verteilernetz

1.) Aus unserer Sicht sollte das Netzbereitstellungsentgelt im Zusammenhang mit Speicheranlagen **nur dann verrechnet werden, wenn ein tatsächlicher Ausbau des Netzes notwendig** wird. Gemäß § 76 Abs 1 GWG ist die Verrechnung auch nur dann vorgesehen, wenn der Ausbau „zur Ermöglichung des Anschlusses“ erfolgt.

2.) Weiters ist für uns nicht nachvollziehbar, inwiefern die Vorgabe des § 76 Abs 5 GWG – insbesondere im Hinblick auf die Kapazitätserweiterungsverträge, die eine 100% ship-or-pay Verpflichtung vorsehen – berücksichtigt wurde:

§ 76 Abs 5: „Die tatsächlich vereinnahmten Netzbereitstellungsentgelte sind über einen angemessenen Zeitraum, bezogen auf die jeweiligen Netzebenen aufzulösen, sodass sie sich kostenmindernd auf das Netznutzungsentgelt auswirken.“

Nach unserem Dafürhalten müssten die Netzbereitstellungsentgelte und die Kapazitätserweiterungsverträge in einer sinnvollen Weise in Wechselwirkung stehen, um eine Doppelverrechnung zu vermeiden. Die derzeitige Regelung sieht jedenfalls keine ausreichende Systematik vor.

3.) Weiters ist ein Netzbereitstellungsentgelt für unterbrechbare Kapazitäten zur Gänze abzulehnen. Diese basieren ja genau auf der Überlegung, dass keine Investitionskosten für einen ausreichenden Kapazitätsausbau getätigt werden. Das Entgelt dafür ist zu streichen.

Darüber hinaus halten wir fest, dass durch die Einführung unterbrechbarer Kapazitäten die Gefahr entsteht, dass notwendige Erweiterungen nicht umgesetzt werden, weil Shipper anstelle der eigentlich gewünschten festen Kapazitäten auf unterbrechbare ausweichen. Dieser negative Effekt sollte nicht noch durch ein Netzbereitstellungsentgelt begünstigt werden.

§ 12 Netznutzungsentgelt für Speicherunternehmen

Wie bereits zuvor erwähnt ist die einheitliche Höhe des Netznutzungsentgelts für Speicherunternehmen eine wesentliche Maßnahme, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Zur Ausgestaltung des Netznutzungsentgeltes ist jedoch Folgendes festzustellen:

1.) Die Höhe des Netznutzungsentgeltes ist aus unserer Sicht an der oberen Grenze angesiedelt, bei der eine Wettbewerbsfähigkeit der Speicherkunden am VHP gerade noch gewährleistet werden kann.

Im Hinblick auf die hohe Bedeutung der Erdgasspeicher im Verteilernetz für die Systemstabilität, die Flexibilität und die Versorgungssicherheit sollte das Netznutzungsentgelt jedenfalls niedriger angesetzt werden. Dies insbesondere, weil durch die Umstellung des Tarifes für Speichertransporte von einem reinen Exit-Tarif auf einen Entry-Tarif letztendlich dieses Netznutzungsentgelt alle Endverbraucher mit Speicherdienstleistung trifft. Auch in der KEMA-Studie vom Oktober 2012 wurde dementsprechend die Empfehlung abgegeben, dass das Netznutzungsentgelt für Speicherunternehmen so gering wie möglich anzusetzen ist.

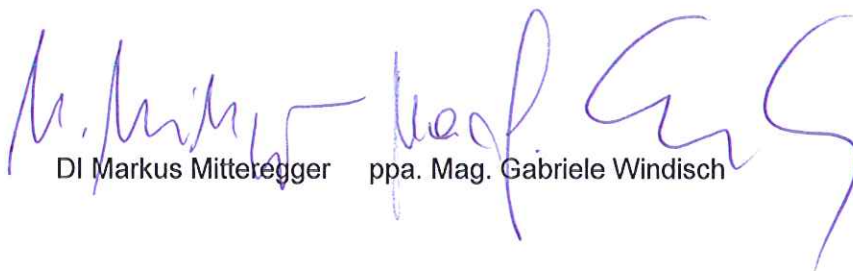
2.) Die aktuelle Entgeltsystematik würde aus unserer Sicht eine entgeltfreie Ein- und Ausspeicherung ermöglichen, wenn die Einspeicherung beispielsweise in Deutschland oder der Slowakei erfolgt, die Ausspeicherung jedoch unmittelbar im Verteilernetz (somit ohne Nutzung des Fernleitungsnetzes) durchgeführt wird. Es würde im österreichischen Fernleitungsnetz damit weder ein Entry- und Exitentgelt anfallen, noch das Entgelt für die Netznutzung für Speicheranbieter greifen. Dies würde eine Umgehung des Entgeltregimes ermöglichen und muss daher im Rahmen der GSNE-VO klar geregelt werden.

3.) Nach dem vorliegenden Entwurf ist die Einspeicherleistung für die Berechnung des Netznutzungsentgelts maßgeblich. Einige Speicheranlagen weisen jedoch eine wesentlich höhere Ausspeicherleistung im Vergleich zur Einspeicherleistung auf. Dadurch wird nur die geringere Einspeicherleistung tarifiert, das Leitungsnetz aber mit der wesentlich höheren Ausspeicherleistung belastet. Aus unserer Sicht würde dies einerseits zu einer mittelbaren Diskriminierung von Speicherkunden führen, weil Speicherprodukte mit einem

einspeicherlastigen Profil (somit einer höheren Einspeicher- als Ausspeicherleistung) höhere Kosten zu tragen hätten und andererseits würde den Netzbetreibern nur einen Teil der bereitgestellten Netzkapazität tariflich abgegolten werden. Wir schlagen daher vor, dass der jeweils höhere Wert von Einspeicher- bzw- Ausspeicherleistung für die Tarifierung herangezogen werden sollte.

Wir ersuchen höflich um Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
ROHÖL-AUFSUCHUNGS AKTIENGESSELLSCHAFT



DI Markus Mitteregger ppa. Mag. Gabriele Windisch